

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

Wahlprüfstein 1:

Wie stehen Sie zum Ausbau der Hunderauslaufgebiete in Berlin?

| | |
|------------------|--|
| DIE LINKE | Die Hundehaltung ist eine Private Entscheidung, die unabhändig vom Vorhandensein von Hunderauslaufgebieten getroffen wird. Das Land Berlin kann also aus unserer Sicht nicht für den Ausbau von Hunderauslaufgebieten auf öffentlichen Flächen verantwortlich gemacht werden. Das Land hat aufgaben in der Daseinsvorsorge für Menschen zu treffen und gleichzeitig darauf hinzuwirken, dass der Tierschutz auch für sogenannte Heimtiere beachtet wird. |
| FDP | Wir wollen mehr Hunderauslaufgebiete, vor allem in Kieznähe. Auch die Berliner Forsten müssen weitere Flächen zur Verfügung stellen und für den Hunderauslauf öffnen. |
| Tierschutzpartei | Unsere Partei würde die Auslaufgebiete ausbauen, da sie für unsere Fellnasen sehr wichtig sind. Eine artgerechte Haltung wird sonst fast unmöglich. |
| SPD | Wenn in der wachsenden Stadt Berlin die vorhandenen Auslaufflächen nicht mehr dem Bedarf entsprechen, müssen weitere Auslaufflächen geschaffen oder vorhandene vergrößert werden. Das müssen die Bezirke entscheiden. |
| Die GRÜNEN | Um eine tiergerechtere Hundehaltung in der Großstadt zu ermöglichen ist es sinnvoll, dass die Bezirke weitere Hunderauslaufflächen ausweisen. Wir unterstützen daher auf Landesebene entsprechende Vorhaben der Bezirke für mehr Auslaufgebiete |
| AfD | Wir halten es für dringend geboten, solche Auslaufgebiete für Hunde zu schaffen. Im urbanen Gebiet ist es schwer geworden, Hunden den nötigen Auslauf zu verschaffen, unserer Ansicht nach trägt Bewegung dazu bei, dass Hunde - stets zusammengedacht mit den sie haltenden Menschen - stressfreier leben können, und dies wiederum macht das Zusammenleben mit den Nicht-Hunde-Haltern wesentlich einfacher. |
| CDU | Hunde brauchen auch in einer Metropole wie Berlin Orte, an denen sie mit Artgenossen spielen und sich bewegen können. Naturgemäß ist der Raum für solche Orte in einer Großstadt knapper als in ländlichen Gegenden. Wir wollen bestehende Auslaufgebiete sichern und die Bezirke dabei unterstützen, weitere Hunderauslaufgebiete und Hundegärten zu schaffen. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

Wahlprüfstein 2:

Wie stehen Sie zum Ausbau von wohnortnahen Hundegärten in den Kiezen in Berlin?

| | |
|------------------|---|
| DIE LINKE | Bisher ist es nicht Aufgabe des Landes oder Bezirke wohnortnahe Hundegärten in den Kiezen einzurichten. Die private Hundehaltung kann auf privaten Flächen ausgeübt werden. Privatrechtlich organisierte Vereine können Hundegärten betreiben, wenn Flächen zur Verfügung stehen. Oft stellen allerdings spielende und bellende Hund in den Kiezen ein Risiko dar und führen zur Vertreibung für andere Nutzergruppen. Da in den meisten dichtbesiedelten Kiezen heute schon für die Einwohnerinnen und Einwohner eine unzureichende Versorgung mit Grünflächen besteht, wird es nur in ausgewählten Gebieten mit Grünflächenberschuss möglich sein, zusätzlich Flächen für das Betreiben von Hundegärten auszuweisen. Für die Ermittlung des Bedarfs ist eine Zusammenarbeit zwischen Landes- und Bezirksverwaltung mit Hundehalterinnen und Hundehaltern anzustreben. |
| FDP | Wir wollen kieznahe Hunderauslaufmöglichkeiten. Auch Hundegärten sind hierfür eine exzellente Möglichkeit. |
| Tierschutzpartei | Die Idee von wohnnahen Hundegärten würden wir befürworten und fördern. |
| SPD | In Berlin existieren bereits mehrere Hundegärten, die zumeist von privaten Vereinen eingerichtet und betrieben werden. Wir sehen diese Hundegärten als wertvolle Ergänzung zu den diversen Hunderauslaufgebieten an. |
| Die GRÜNEN | Tiere brauchen Platz. Wir unterstützen daher auf Landesebene auch solche Vorhaben der Bezirke. |
| AfD | In vielen Großstädten der Welt gibt es solche Auslaufzonen schon. Die AfD wird sich in den Bezirksversammlungen dieses Themas annehmen. |
| CDU | Hunde brauchen auch in einer Metropole wie Berlin Orte, an denen sie mit Artgenossen spielen und sich bewegen können. Naturgemäß ist der Raum für solche Orte in einer Großstadt knapper als in ländlichen Gegenden. Wir wollen bestehende Auslaufgebiete sichern und die Bezirke dabei unterstützen, weitere Hunderauslaufgebiete und Hundegärten zu schaffen. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

Wahlprüfstein 3:

Wie stehen Sie zu No-Go-Areas für Hunde im öffentlichen Raum? (z.B. Schlachtensee, etc.)

| | |
|------------------|---|
| DIE LINKE | <p>Für bestimmte Bereiche besteht heute schon ein Mitnahmeverbot für Hunde. Daran wollen wir auch festhalten. Wir akzeptieren die besonderen Bedürfnisse von Kindern, Menschen mit körperlichen und geistigen Einschränkungen und älteren Menschen, die sich nicht auf Besonderheiten von Hunden in allen Begegnungsmöglichkeiten einstellen wollen oder können. Überall dort, wo Natur- und Artenschutz vorrangig von öffentlichem Interesse ist, kann das ebenso zu Einschränkungen für den Aufenthalt von Hunden führen. Das Mitnahmeverbot muss in jedem Fall begründet und nachvollziehbar sein.</p> |
| FDP | <p>Wir lehnen Hundeverbote (bis auf Kinder- und Ballspielplätze) ab und haben uns z.B. auch beim Hundeverbot im Cheruskerpark in Schöneberg als einzige Partei klar dagegen ausgesprochen.</p> |
| Tierschutzpartei | <p>Die Tierschutzpartei ist absolut gegen solche No Go Areas. Wir waren bei den Protesten anwesend.</p> |
| SPD | <p>Wir glauben, dass diese Fragen vor Ort in den Bezirken entschieden werden müssen. Dort sind die Konflikte, die sich aus dem Miteinander von Menschen und Hunden ergeben können, zu regeln. Ein völliges Hundeverbot kann dabei nur das äußerste Mittel sein. Wird es angewandt, sollen durch den Bezirk Ausweichflächen für Hunde geschaffen werden.</p> |
| Die GRÜNEN | <p>No-Go-Areas müssen das allerletzte Mittel sein, um Habitate für Hunde zu sperren. Ohne konkrete naturschutzfachliche Gründe oder Nutzungskonflikte sind sie abzulehnen. Wir setzen uns für ein friedliches Miteinander von allen Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Hund ein und suchen das Gespräch mit allen Nutzungsgruppen.</p> |
| AfD | <p>Grundsätzlich braucht ein gut erzogener, entspannter Hund keine solchen Areas. Leider werden nicht alle Hunde entsprechend erzogen. Daher kommen - in Einzelfällen - in Abstimmung mit den Anrainern entsprechende Zonen in Betracht. Eine generelle Hundefeindlichkeit darf dafür kein Argument sein.</p> |
| CDU | <p>Hunde sind des Menschen bester Freund. Das soll auch in Berlin so bleiben. Das Zusammenleben von Mensch und Hund birgt in einer Großstadt wie Berlin leider auch immer wieder Konflikte zwischen Hundehaltern und Nicht-Hundehaltern. Unser Anspruch ist es, dieses Zusammenleben angemessen zu gestalten. Die CDU Berlin will Initiativen, die auf ein besseres Miteinander von Mensch und Hund abzielen, stärker fördern und in den Fokus der Öffentlichkeit rücken. Mit dem neuen Hundegesetz können die Bezirke in bestimmten Erholungsgebieten Hundemitnahmeverbote aussprechen. Für diese Gebiete müssen dann jedoch in den Bezirken Ausweichflächen angeboten werden.</p> |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 4: | |
|--|---|
| Wie stehen Sie zur generellen Leinenpflicht in Berlin? | |
| DIE LINKE | Leinenpflicht muss nur dort durchgesetzt werden, wo Gefahren für Mensch und Tier (auch Wildtier) entstehen können. |
| FDP | Eine generelle Leinenpflicht lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, die Leinenpflicht aus dem gerade verabschiedeten Hundegesetz nach der Wahl wieder zu streichen. |
| Tierschutzpartei | Eine generelle Leinenpflicht lehnen wir ab. Aber es gibt natürlich ausnahmen, wie den öffentlichen Nahverkehr. |
| SPD | Wir wollen nicht, dass alle Hunde überall an die Leine gehören. Das wäre völlig übertrieben. Wer sachkundig ist und einen Hund führt, der nicht als gefährlich gilt und für den keine Leinenpflicht angeordnet wurde, der wird auf der Straße den Hund nicht an die Leine nehmen müssen. Lediglich an öffentlich genutzten Orten Verkehrsmitteln, Ladengeschäften, Verwaltungsgebäuden oder gemeinsam genutzten Treppenhäusern ist eine Leinenpflicht für alle Hunde gesetzlich vorgeschrieben und notwendig. |
| Die GRÜNEN | BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den generellen Leinenzwang ab. Die bisherigen Regelungen zur Leinenpflicht, die sich auf Treppenhäuser, öffentliche Versammlungen, Volksfeste, Menschenansammlungen etc. beschränkt, reichen völlig aus. Das Problem liegt in der Regel ohnehin am anderen Ende der Leine. Um mehr Sicherheit vor gefährlichen Hunden zu gewährleisten, setzten wir uns dafür ein, dass alle Hundehalter*innen eine theoretische Sachkundeprüfung ablegen. Dies war auch eine Forderung des Bello-Dialogs. Eine Leinen- und Maulkorbpflicht sollte unserer Ansicht nach nur bestehen, wenn ein Hund nachweislich gefährlich ist – also wenn er schon einmal gebissen hat und eine zuständige Stelle ihn als gefährlich einstuft hat. |
| AfD | Die AfD ist gegen generelle Leinenpflicht in Berlin. |
| CDU | Das neue Berliner Hundegesetz sieht vor, dass für alle Hunde in Berlin eine generelle Leinenpflicht gilt. Dabei soll es jedoch Ausnahmen geben, die in einer Rechtsverordnung geregelt werden: Von der generellen Leinenpflicht befreit werden sollen zum Beispiel Hunde, deren Halter mit ihrem Hund einen Hundeführerschein bestanden haben oder seit mindestens fünf Jahren ohne negative Auffälligkeiten einen Hund haben und Steuern bezahlen. Wir wollen, dass möglichst viele Hundebesitzer den Hundeführerschein machen. Uns geht es dabei vor allem um eine vermittelnde Lösung zwischen den Bedürfnissen der Hunde einerseits sowie den Forderungen nach härteren Vorschriften für Halter andererseits, wie sie im so genannten „Bello-Dialog“ deutlich geworden sind. In Hundeauslaufgebieten dürfen die Hunde natürlich auch weiterhin ohne Leine herumtollen. Hinzu kommen zusätzlich so genannte „Hundegärten“, die verteilt im ganzen Stadtgebiet geschaffen werden sollen. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 5: | |
|---|--|
| Werden Sie die Kontrolle der Gesetze zur Leinenpflicht, Hundekotbeseitigung, Hundesteuermeldung verstärken? | |
| DIE LINKE | Nein, hier appellieren wir an die Pflichten der Hundehalterinnen und Halter. Allerdings sehen wir zur besseren Durchsetzung der vorhandenen Pflichten auch bei der Erhöhung der Bußgelder einen wirksamen Ansatz. |
| FDP | Für die Hundekotbeseitigung ja. Verantwortungsvolle Halter entfernen die Hinterlassenschaften ihrer Tiere. Alle anderen müssen mit Sanktionen rechnen. Die Leinenpflicht wollen wir wieder abschaffen. |
| Tierschutzpartei | Wir glauben nicht, dass vermehrte Kontrollen etwas bringen (außer Geld ins Staatssäckele), wir setzen da auf die Vernunft der Hundehalter/innen. |
| SPD | Wir erwarten eine Verstärkung der Kontrollen durch die Bezirksämter. Die Erfahrung zeigt, dass Regelungen, deren Einhaltung nicht kontrolliert wird, nicht beachtet werden. Zur Umsetzung des neuen Hundegesetzes erhalten die Bezirksämter daher jeweils eine neue Stelle, in den ersten beiden Jahren nach der Einführung gibt es eine weitere Stelle. Das ermöglicht zwar bei keine ständige Kontrolle in der ganzen Stadt, aber eine Verstärkung des bisherigen Kontrollumfangs. |
| Die GRÜNEN | Ja. Denn entscheidend ist nicht, immer neue und strengere Gesetze zu erlassen, sondern die bestehenden Gesetze und Verordnungen umzusetzen. |
| AfD | Nein. Wir halten Aufklärung, die dafür sorgt, dass Menschen und Hunde optimal miteinander leben können, für das geeignetere Mittel. Diese Aufklärung soll sowohl die Hundehalter, als auch Hundeskeptiker erreichen. Von Hundehaltern sind im Übrigen die gesetzlichen Regelungen und Verordnungen einzuhalten. Nur wenn das der Fall ist, kann es ein gutes Nebeneinander von Mensch und Hund in der Stadt geben. |
| CDU | Viele Hundebesitzer in Berlin halten sich an Recht und Ordnung. Dennoch gibt es in unserer Stadt auch rücksichtlose Hundehalter. Die Kontrollen der Gesetze zur Leinenpflicht, Hundekotbeseitigung und Hundesteuermeldung müssen daher konsequent durchgesetzt und verstärkt werden. Damit dies gelingen kann, wollen wir die Berliner Ordnungsämter im Rahmen eines 10-Punkte-Plans weiterentwickeln und stärken, z.B. durch eine verbesserte Personalausstattung und eine Weiterentwicklung der Aufgabengebiete. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

Wahlprüfstein 6:

Wie stehen Sie zur Umwandlung der Hundesteuer in eine Hundeabgabe?

| | |
|------------------|--|
| DIE LINKE | <p>Durch die private Hundehaltung entstehen öffentliche Aufgaben zum Schutz der Menschen und der Umwelt, die bezahlt werden müssen. Die Hundesteuer geht in den allgemeinen Haushaltstopf ein. Für die Akzeptanz der Steuer ist die Offenlegung der Ausgaben, die aus der Hundehaltung entstehen wichtig aber nicht ausschließlich diese. Es muss einer Kommune auch die Möglichkeit eröffnet werden zu entscheiden, ob sie steuernd auf die Art der Hundehaltung (große und kleine Hunde, mit Gefährdungspotential und mehrere Hunde in einem Haushalt lebend) Einfluss nehmen möchte. Deshalb ist eine Abgabe ein ungeeignetes Instrument.</p> |
| FDP | <p>Die Hundesteuer sehen wir kritisch, allein schon von der Gesetzesbegründung her. Solange die Hundesteuer erhoben wird, sollen die Einnahmen auch nach einer möglichen Umwandlung in eine Hundeabgabe (abzüglich des Verwaltungsaufwands) den Hunden, Hundehaltern und Tierfreunden in der Stadt zugutekommen. Denkbar sind dabei z.B. der Erhalt und Ausbau von Hundeausläufflächen und im Besonderen des Hundeauslaufgebiets Grunewald, die Unterstützung des Tierheims Berlin, mehr Tierschutz und Aufklärung sowie hundgestützte Pädagogik in den Berliner Bildungseinrichtungen, der Einsatz von Hunden in Berliner Pflegeeinrichtungen, mehr Ressourcen für den Landestierschutzbeauftragten sowie für Maßnahmen zur Sauberkeit in der Stadt (z.B. für die BSR oder für Hundebeutelspender).</p> |
| Tierschutzpartei | <p>Wir sind gegen eine Hundesteuer, ganz egal wie man es nachher nennt.</p> |
| SPD | <p>Eine Abgabe ist zweckgebunden zu verwenden. Die Höhe einer solchen Hundeabgabe wäre aber an allen tatsächlich entstehenden Kosten für die Allgemeinheit zu bemessen und lässt sich daher bisher nicht beziffern.</p> |
| Die GRÜNEN | <p>Wir haben große Sympathien für eine Hundeabgabe, halten ihre Durchführung aber für unrealistisch.</p> |
| AfD | <p>Die AfD befürwortet die Umwandlung. Während die Steuer einfach im Haushalt versickert, wäre eine Hundeabgabe zweckgebunden zu regeln und könnte für den Ausbau von Hundezonen, Trinkbrunnen usw. verwendet werden. Dies wiederum käme nicht nur dem Hundehalter zugute.</p> |
| CDU | <p>Wir sehen hier keinen Änderungsbedarf.</p> |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 7: | |
|--|---|
| Wie stehen Sie zum Sachkundenachweis / Hundeführerschein? | |
| DIE LINKE | Je mehr Konfliktmöglichkeiten im Zusammenleben zwischen Menschen und Tieren bestehen, desto wichtiger wird die Sachkunde um diese Zusammenhänge. Grundsätzlich sollte Handeln (Hundehaltung) nach Wissen (Sachkunde) erfolgen. So kann Schaden von Mensch und Tier (auch dem Hund) angewendet werden. |
| FDP | Einen verpflichtenden Hundeführerschein lehnen wir ab. Denkbar ist jedoch ein Anreizsystem für Hundehalter mit Hundeführerschein, z.B. die Nutzung von geschützten Grünanlagen oder die kostenlose Mitnahme des Hundes bei der BVG. |
| Tierschutzpartei | Wir sind für einen Sachkundenachweis, damit sichergestellt werden kann, dass die Hunde artgerecht gehalten werden. |
| SPD | Die SPD ist nicht der Meinung, dass ausnahmslos alle Hundehalterinnen und -halter eine Nachweispflicht über ihre Sachkunde in Form einer Prüfung erbringen müssen. Allen denen, die innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens drei Jahre ununterbrochen einen Hund gehalten haben, vertrauen wir, dass sie mit einem Hund umgehen können. Man sollte aber auch dass Hundehalterinnen oder halter für das Wohl des Hundes die volle Verantwortung tragen. Das erfordert ein Basiswissen über die Bedürfnisse des Hundes und den richtigen Umgang mit ihm, das nicht erst durch Versuch und Irrtum erworben werden sollte. Viele Hundehalterinnen und halter leben seit Kindesbeinen mit Hunden und haben dieses Basiswissen. Manche Menschen entschließen sich aber aus den unterschiedlichsten Gründen ohne Vorerfahrung für einen Hund. Das kann Einsamkeit im Alter sein oder einfach nur eine Modeerscheinung sein. Es gibt leider Fälle, in denen Menschen sich eher spontan für einen Hund entscheiden und dann überfordert sind. Manchmal erweisen sich auch die speziellen Bedürfnisse einer Hunderasse als problematisch. Dann leidet das Tier, es leidet unter Umständen der Mensch und es können Gefahren für die Umgebung entstehen. Darum sollten Hundehalterinnen und halter sachkundig sein. Die damit verbundenen Unannehmlichkeiten und Kosten sind für uns zumutbar. |
| Die GRÜNEN | Unser Gesetzentwurf (Link: siehe unten), der von SPD und CDU abgelehnt worden ist, sieht einen verpflichtenden theoretischen Sachkundenachweis für Hundehalter*innen vor. Ein praktischer Sachkundenachweis/Wesenstest soll nur für nachweislich gefährliche Hunde gelten. Unser Vorschlag ist, die Hundesteuer im Umfang der Kosten für die Sachkundeprüfung zu erlassen. Der Nachweis würde den Haltern also keine zusätzlichen Kosten verursachen. Sachkunde ist die Voraussetzung für eine verantwortungsvolle Hundehaltung und schafft somit mehr Sicherheit vor gefährlichen Hunden, verringert das Konfliktpotenzial zwischen Hundehalter*innen und Nicht-Hundehalter*innen und hilft, unüberlegte Spontankäufe zu vermeiden. So bliebe vielen Tieren die Abgabe ins Tierheim erspart. Als Übergangslösung wäre ein Bestandsschutz für diejenigen Hundehalter*innen denkbar, die in den letzten sechs Jahren mindestens drei Jahre lang einen Hund ohne Beanstandungen gehalten haben. |
| AfD | Bevor man über einen solchen Nachweis nachdenkt, sollte zuerst die bundeseinheitliche Vereinheitlichung der Richtlinien erfolgen. Diese müsste mit allen Beteiligten, Hundehaltern, Tierschutzorganisationen, Behörden usw. diskutiert werden. Generell sollte sich jeder Hundehalter dafür interessieren, welche Bedürfnisse sein Hund hat, und wie man das Zusammenleben von Hund und Mensch im urbanen Raum einfacher gestalten kann. Ein Gesetz, das einen "Hundeführerschein" zwingend vorsieht, lehnt die AfD ab; auch dann, wenn sich solch ein Nachweis auf sogenannte "Listenhunde" beschränkt. Die AfD tritt stattdessen dafür ein, Anreize zu schaffen - steuerliche z.B. - die Hundebesitzer freiwillig für Informationen positiv zu stimmen. |
| CDU | Das Ziel des Hundeführerscheins ist es, dass Hundebesitzer lernen, verantwortungsvoll mit ihren Tieren umzugehen. Die Einführung des nicht verpflichtenden Hundeführerscheins wird unserer Überzeugung nach dazu beitragen, das Wissen der Berliner Hundehalter über das Verhalten von Hunden und den Umgang mit ihnen deutlich zu verbessern. Unserer Meinung nach dient dies nicht nur dem Tierschutz, sondern auch der Gefahrenabwehr. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 8: | |
|--|---|
| Wie stehen Sie zum Ausbau der Beutelspender mit kostenfreien Kotbeuteln in Berlin? | |
| DIE LINKE | Negativ. Auch öffentliche Toiletten sind nicht kostenfrei. Hier muss die/der Hundehalter/in selbst aktiv werden und Vorsorge für das notwendige Geschäft durch das Bereithalten eines Kotbeutels treffen. Es ist zudem finanziell und personell kaum möglich alle Wege und Plätze mit Kotbeutelspendern auszustatten, die für einen Spaziergang mit Hund erreichbar sind, selbst dann nicht, wenn die Erstausrüstung durch Spendengelder ermöglicht wird. |
| FDP | Ja, dieser Ausbau sollte stattfinden und kann aus den Mitteln der Hundesteuer/ Hundeabgabe finanziert werden. |
| Tierschutzpartei | Den Ausbau von Kotbeutelspendern würden wir ausbauen. |
| SPD | Angesichts der Anzahl der Hunde in Berlin wäre es schwierig, eine ausreichende Anzahl von Beutelspendern vorzuhalten und regelmäßig neu zu befüllen, wenn nicht die große Mehrheit der Halterinnen und Halter selbst die Verantwortung dafür übernimmt, die Hinterlassenschaften ihrer Hunde mit eigenen Mitteln zu beseitigen. Die Mitnahme von Kotbeuteln kann sicherlich jedem Halter jeder Halterin zugemutet werden. Darum haben wir dies im neuen Hundegesetz festgeschrieben. Erforderlich für eine Entsorgung ist vor allem eine ausreichende Zahl an Papierkörben. |
| Die GRÜNEN | Wir unterstützen den Ausbau der Beutelspender mit kostenfreien Kotbeuteln in Berlin. |
| AfD | Positiv. Nicht nur sollte es kostenfreie Beutelspender geben, sondern auch die flächendeckende Möglichkeit, diese Beutel mit Inhalt dann wieder los zu werden. Beutelspender alleine nützen nichts, wenn der Hundehalter danach mit seinem Beutel plus Inhalt weite Strecken ohne die Möglichkeit der Entsorgung zurücklegen muss. |
| CDU | Hundekot auf den Straßen und in den Grünanlagen ist ein Ärgernis für viele Berlinerinnen und Berliner. Um die Beseitigung von Hundekot zu erleichtern, wollen wir die Zahl der "Dog-Stations", also der kombinierten Abfallbehälter und Tütenspender, erhöhen – und zwar insbesondere entlang typischer „Gassistrecken“. Gleichzeitig soll das Bußgeld verdoppelt werden, wenn Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihres Vierbeiners liegen lassen. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 9: | |
|--|---|
| Wie stehen Sie zum Hund als Bestandteil einer Familie? (Z.B. Mutter-Kind-Hund-Spielplätze) | |
| DIE LINKE | Positiv, wenn das Zusammensein anderer Familien (Vater-Kind-Spielplatz) dadurch nicht gefährdet wird. |
| FDP | Hunde gehören für viele Familien dazu. Deshalb halten wir es für sinnvoll, Angebote bereitzustellen, die Familien gemeinsam mit ihren Hunden nutzen können. So könnten z.B. bestehende Hundegärten zu Familienspielplätzen ausgebaut werden. |
| Tierschutzpartei | Für uns sind die Hunde wie Familienmitglieder und daher sind solche Ideen wie ein Mutter-Kind-Hunde Spielplatz zu unterstützen. |
| SPD | Menschen und Hunde leben seit Jahrtausenden zusammen. Hunde haben dabei jeweils unterschiedliche Funktionen erfüllt. Sie wurden eingesetzt und auch speziell gezüchtet als Jagdhunde, Hirtenhunde, Wachhunde etc. Heutzutage haben die meisten Hunde in erster Linie eine soziale Funktion, helfen Menschen über die Einsamkeit hinweg oder sind eben Teil einer Familie. Spezielle Spielplätze für mit Hund bringen natürlich das Problem mit sich, dass nicht alle Familienhunde, die sehr sanftmütig und geduldig mit den Kindern ihrer Familie umgehen, ebenso auf fremde Kinder und andere Hunde reagieren. Außerdem gibt es zahlreiche Eltern, die nicht wollen, dass ihr Kind dort spielt, wo Hunde frei herum laufen - aus Gründen der Sicherheit und auch aus Gründen der Hygiene. |
| Die GRÜNEN | Es ist richtig, dass auf Spielplätzen ein Mitnahmeverbot für Hunde gilt, schon darum, weil viele Menschen Angst vor Hunden haben. Aber es ist ebenfalls nötig, Spielplätze zu schaffen, auf die der Familienhund mitgenommen werden kann. Diese Kind-Hund-Spielplätze sollten besonders gekennzeichnet werden. |
| AfD | Die Ansicht der AfD ist, dass Hunde einen wichtigen, sozialen Wert in unserer Gesellschaft haben. Vereinsamung kann verhindert werden, Mobilität älterer Menschen wird gefördert, Verantwortungsbewusstsein bei jungen Leuten und Kindern wird angeregt. Mutter-Kind-Hund-Spielplätze können sehr gut dazu beitragen, Vorurteile und reale Ängste Hunden gegenüber abzubauen. Es dient der gesunden Entwicklung der Kinder, wenn sie Hunde als Familienmitglied erleben. |
| CDU | Seit Jahrtausenden begleiten Haustiere den Menschen. Gerade in den letzten Jahrzehnten jedoch hat sich die Beziehung zum Haustier in unserer Gesellschaft so stark verändert wie kaum zuvor. Für viele Menschen ist der Hund heute nicht nur ein Haustier, sondern Wegbegleiter, Freund und Familienmitglied. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, mit seinem Hund gemeinsam die Freizeit zu verbringen. Aufgrund von Sicherheits- und Hygienebedenken sollte die Mitnahme von Hunde auf Spielplätze jedoch weiterhin nicht gestattet sein. |

Berliner Parteien zum Thema Hund



Eine Initiative von
Mensch und Hund Moabit e.V. und Hundeshauptstadt Berlin

| Wahlprüfstein 10: | |
|---|---|
| Wie stehen Sie zur Rasseliste/ Kampfhund / Maulkorbzwang? | |
| DIE LINKE | Rasseliste: negativ. Maulkorbzwang bei nachgewiesener Gefährlichkeit und Beiegehaltung der Hundehaltung im öffentlichen Bereich ist ein wirksamer Schutz. |
| FDP | Wir lehnen die Rasseliste ab, ebenso den Maulkorbzwang. Die Befürworter des Maulkorbzwangs und der Rasseliste trifft hier die Argumentationslast für die Beiegehaltung. Bislang werden sie dieser Argumentationslast nicht gerecht. |
| Tierschutzpartei | Wir kämpfen schon seit vielen Jahren gegen die Rassenliste und die damit verbundene Diskriminierung einiger Hunderassen. |
| SPD | Die Berliner SPD sieht die Rasseliste kritisch, nicht zuletzt weil einige der zehn in § 4 Absatz 2 des ehemaligen Hundegesetzes von 2004 genannten Rassen in Berlin kaum noch zu finden sind und die Beißstatistik von Hunderassen angeführt wird, die nicht auf dieser Liste stehen. Das neue Hundegesetz vom Juli 2016 ermächtigt Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, eine Rasseliste per Verordnung zu erlassen. Davon soll in Kürze Gebrauch gemacht werden. Wir erwarten eine sehr deutliche Reduzierung auf nur noch drei Rassen. Letztlich wird das neue Hundegesetz langfristig zu einer Entwicklung führen, die die Rasseliste überflüssig macht. |
| Die GRÜNEN | Wir lehnen Rasselisten ab, denn sie sind kein geeignetes Instrument, um Hundeattacken vorzubeugen. Die Gefährlichkeit eines Hundes ist eine individuelle Eigenschaft und keine rassenspezifische. In dem neuen Hundegesetz für Berlin hat die Rasseliste als Verordnung leider weiter Bestand. Damit bleibt es bei der Stigmatisierung bestimmter Hunderassen und es fehlen leider weiterhin geeignete Instrumente gegen die wirklich gefährlichen Hunde, die beißen. Hier werden wir nachsteuern. |
| AfD | "Kampfhunde" an sich - aggressiv konditioniert von Geburt an - gibt es so nicht. Vielmehr sind das Hunde, die durch falsche Haltung und Aggressionstraining zu gefährlichen Verhaltensweisen konditioniert werden. Dies ist rasseunabhängig. Man weiß inzwischen, dass die meisten Hundebisse keineswegs von Pitbulls u.ä. kommen, sondern von Schäferhunden. Generellen Maulkorbzwang lehnen wir ab. |
| CDU | Die Liste der so genannten „gefährlichen Hunderassen“ wurde im Rahmen des neuen Hundegesetzes überarbeitet und soll nun von zehn auf wesentlich weniger Rassen verkürzt werden. Für diese Hunde gelten strengere Regeln, wie etwa einer Maulkorbpflicht ab dem siebten Lebensmonat sowie eine grundsätzliche Leinenpflicht. Ausnahmen hiervon können die Bezirke erteilen, wenn Hunde so genannter „gefährlicher Hunderassen“ einen Wesenstest bestehen und ihre Halter den Hundeführerschein bestehen. Es bedarf unserer Meinung nach jedoch auch immer einer Einzelfallbeurteilung nach Auffälligkeit des jeweiligen Hundes unabhängig von seiner Rasse. Dabei spielt die Hundehaltung eine wesentliche Rolle, denn nicht die Rasse entscheidet letztlich das Verhalten eines Hundes, sondern vielmehr der Umgang des Halters mit seinem Hund. Wenn Hunde Menschen beißen, andere Tiere gefährden oder Auffälligkeiten zeigen, die eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit bedeuten, können die Behörden Hunde unabhängig von ihrer Rasse ebenfalls als gefährlich einstufen. Für diese gelten dann ebenfalls Leinen- und Maulkorbpflicht. |